



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Mai 2020  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **A 240 Anfrage Hofer Andreas und Mit. über den Umgang mit der «schwarzen Liste» während und nach der Corona-Krise / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Antrag Urs Dickerhof (Ordnungsantrag): Die Beschlussfassung der Dringlichkeit zu den verbleibenden Corona-Vorstössen soll einmalig über alle erfolgen.

Urs Dickerhof: Ich beantrage, dass über die Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse gemeinsam abgestimmt wird. Sonst wird zu lange darüber diskutiert, und das Abtragen der Arbeitslast ist nicht möglich.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Urs Dickerhof zu. Somit wird über die Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse gemeinsam abgestimmt.

Antrag Moser Andreas (Ordnungsantrag): Abbruch der Diskussion (zur Beschlussfassung der Dringlichkeit der verbleibenden Corona-Vorstösse).

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Andreas Moser zu. Somit wird die Diskussion zur Beschlussfassung der Dringlichkeit der verbleibenden Corona-Vorstösse abgebrochen.

Andreas Hofer: Es geht in meiner Anfrage nicht darum, ob eine «schwarze Liste» grundsätzlich Sinn macht, sondern einzig darum, ob Menschen, welche ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben, beim Hausarzt oder im Spital wegen Corona behandelt werden oder nicht. Selbstverständlich kann die Regierung die Anfrage erst im Juni beantworten, aber es geht wertvolle Zeit verloren. Stellen Sie sich vor, ein Patient mit Grippesymptomen geht nicht zum Arzt, weil er denkt, er sei kein Notfall, und er werde wegen der «schwarzen Liste» nicht behandelt. Ein solcher Patient könnte Dutzende Mitmenschen anstecken. Für die Gesundheit der Luzerner Bevölkerung bitte ich Sie, die Anfrage dringlich zu beantworten.

Paul Winiker: Der Regierungsrat hat Ihnen vorgeschlagen, dass man im Juni eine Sondersession zu Corona durchführen könnte. Dort kann man gebündelt und seriös vorbereitet die gut 50 Corona-Vorstösse zu verschiedenen Teilgebieten diskutieren. Wir können diese zeitnah thematisch bündeln und Ihnen die Antworten zukommen lassen, damit Sie diese an den Fraktionssitzungen beraten können. Ich erinnere daran, dass der Bund bei den Einschränkungsmassnahmen die Führung innehat und er ein ausserordentliches Paket von Hilfsmassnahmen zur Verfügung gestellt hat mit der Kurzarbeitsentschädigung, mit den Beiträgen für Selbständigerwerbende, mit den Notkrediten und mit Sondermassnahmen für Kultur, Sport und weitere. Der Kanton Luzern hat eine Lücke bei den Kitas gefüllt. Der Vorschlag der Regierung an das Parlament ist konstruktiv. Im Juni kann eine vertiefte Diskussion zu Corona, den Massnahmen und den Folgeerscheinungen stattfinden.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung aller Corona-Vorstösse ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.

Für die G/JG-Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Die Corona-Krise ist die grösste Krise unserer Generation. Nach dem

Einberufungsprozedere der SP und der G/JG tagt der Kantonsrat wieder. Dies wurde gefordert, um die bestehenden Geschäfte abzuarbeiten, aber auch um die Corona-Krise zu diskutieren. Dies stand explizit in unserem Antrag, und diesen haben alle Geschäftsleitungsmitglieder gelesen. Die Regierung hat für keinen einzigen Corona-Vorstoss Dringlichkeit beantragt, die Mehrheit des Rates ist der Regierung gefolgt. Man will eine spezielle Corona-Diskussion Ende Juni abhalten lassen, an welcher alle Vorstösse behandelt werden. Bis dahin sollte seiner Meinung nach auch klar sein, wie es weitergeht. Unsere Fraktionen sollten auch besser vorbereitet sein. Grundsätzlich leuchtet diese Diskussion ein, doch mit dieser Begründung können wir über gar nichts mehr diskutieren. Es gibt immer neue Informationen, die Zeit macht uns zum Glück schlauer. Es gibt aber ein anderes Sprichwort, welches heute auch schon erwähnt wurde: «Gouverner c'est prévoir». Das müssen wir beherzigen. Das ist aber überhaupt nicht befolgt worden heute und in den letzten vier Monaten, in denen wir als Rat nicht getagt haben. Wir haben uns die Dringlichkeitskriterien selber gegeben, und diese hätten klar für eine Behandlung gesprochen. Mit Machtgehabe verhindern die Bürgerlichen die Diskussion in diesem Kanton. Wir versuchten hinter den Kulissen einen Kompromiss zu finden, um wenigstens die wenigen unbedingt zu beantwortenden Vorstösse heute besprechen zu können. Das wären nur sechs Vorstösse, auch solche aus den bürgerlichen Reihen. Leider war unser Vorschlag erfolglos, die Geschäftsleitungsmitglieder der Bürgerlichen sind nicht darauf eingegangen und haben argumentiert, dass wir diese Session einberufen haben, um Geschäfte abzuarbeiten. Das stimmt so nicht. Das Parlament, welches im Gegensatz zur Regierung alle Bevölkerungsgruppen des Kantons vertritt, muss seine Verantwortung bei der Lenkung des Kantons wieder wahrnehmen und muss daher mitwirken und mitentscheiden. Dazu hätten auch die aktuellen Vorstösse zur Corona-Krise gehört. Die Fragen in den Vorstössen interessieren die Bevölkerung, sie will fundierte Antworten, Informationen und Entscheide. Der Kanton hätte heute den Umgang mit der Corona-Krise diskutieren müssen. Sie haben heute in der «Luzerner Zeitung» sicher auch den Kommentar eines Institutsleiters aus Bern gelesen. Es ist nicht nur er, dem das Verständnis für unseren Umgang mit der Krise fehlt. Die Diskussion im Kantonsrat hätte auch dazu beigetragen, die Strategie zu justieren und alle in einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinen. Nun geht die Ein-Weg-Kommunikation der Regierung an uns und die Bevölkerung weiter. Heute Nachmittag wird der Regierungspräsident informieren, ohne dass wir reagieren können. Ich hoffe, dass er wenigstens auf die Fragen in unseren Vorstössen eingeht, zum Beispiel auf den Umgang mit der «schwarzen Liste» oder wie sich der Kanton auf eine zweite Welle vorbereitet. Diese Fragen stehen schon länger in der Luft. Sie wurden auch anlässlich einer gemeinsamen Sitzung bereits gestellt. Man wollte auch die Kommissionen wieder stärken, damit sie diese Themen diskutieren. Leider hat das nicht funktioniert. Wir haben zu den gestellten Fragen keine Antworten bekommen. Wir sitzen jetzt aber hier, und zum Glück haben wir die Kurve gekriegt, sonst wären wir das einzige Parlament, das sich immer noch nicht trifft, sogar wenn Schulen, Läden und Restaurants wieder geöffnet sind. Nun gilt es unsere Funktion wieder wahrzunehmen, wir sind kein Abnickergremium, sondern wir wurden gewählt, um unsere Zeit diesem Kanton zur Verfügung zu stellen. Es ist unverständlich, dass ein Abbruch der Diskussion zu einem so wichtigen Thema verlangt wurde. Die Schweiz kennt eine direkte Demokratie mit einer starken Stellung der Parlamente, welche die grosse Verantwortung mittragen – einerseits durch die Entscheidungshoheit, die wir uns nicht nehmen lassen sollten, andererseits durch die Oberaufsicht über die Arbeit der Regierung. Der Regierungsrat hat vorher nochmals versprochen, dass er uns an der Corona-Session über die Massnahmen informieren wird. Ich möchte Ihnen raten: Schauen Sie sich die Zusammenfassungen aller Kantone darüber an, was diese subsidiär ergänzend zu den Bundesmassnahmen gemacht haben. Ich frage mich, ob wir mit unseren Massnahmen im Vergleich zu den anderen Kantonen überhaupt im Durchschnitt liegen. Wir versuchten mit unserer Steuerpolitik, Betriebe anzusiedeln, aber wenn es darum geht, diese Betriebe zu unterstützen und zu halten und ihnen einen fortschrittlichen Kanton zu präsentieren, steht der Kanton Luzern schlecht da. Nur die Steuern zu senken, hält keine Betriebe hier. Die

Bürgerlichen haben ihre Fraktionserklärungen bereits gemacht. Ich hoffe, dass wir in der CVP einen engagierten Partner gefunden haben, der mit uns neue Mehrheiten schafft. Ich bin nicht glücklich über die heutige Diskussion in diesem Rat, aber ich bin überzeugt, dass wir einen Schritt nach vorn machen und dies nicht mehr so oft vorkommen wird. Ich freue mich über die heutige Session, die wir als Minderheit einberufen konnten.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Eine hohe Dringlichkeit der Diskussion um Corona haben viele Parlamentsmitglieder schon für die März-Session gesehen. Sowohl die SP als auch die FDP haben dringliche Vorstösse zur Bewältigung der Krise eingereicht. Aber die März-Session wurde abgesagt, weil es nicht möglich war, innerhalb von so kurzer Zeit einen Ort zur Durchführung einer Kantonsratssession zu finden, an dem die Abstandsregeln des Bundes eingehalten werden konnten. Zusammen mit der Absage der Session hat die Geschäftsleitung des Kantonsrates beschlossen, dass die Staatskanzlei einen alternativen Sitzungssaal organisieren soll, damit die Mai-Session durchgeführt werden kann. Nach knapp vier Monaten Pause nimmt der Kantonsrat seine Arbeit wieder auf – das ist richtig und wichtig. Unsere Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat zur Eröffnung der Sondersession in Bern richtig ermahnt, dass das Virus unsere starke Demokratie nicht zerstören darf. So haben neben dem Bund auch in vielen Kantonen und Gemeinden die Parlamente wieder das Heft in die Hand genommen. Ihre Arbeit besteht momentan vor allem in der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise. Diese wurde seit der abgesagten März-Session nicht weniger dringlich, aber das sehen offenbar nicht alle so. Mit der Ablehnung der dringlichen Debatte zu all unseren Corona-Vorstössen entgegen jeglichen formellen Kriterien verweigert sich die bürgerliche Mehrheit dieser Arbeit. Wir lernen daraus: Dringlich ist nicht das, was den Kriterien entspricht, sondern worüber die bürgerliche Mehrheit diskutieren möchte. Dass der Regierungsrat lieber per Notrecht weiterregiert, ist aus seiner Sicht nachvollziehbar, wenn auch staatspolitisch bedenklich. Dass Sie als Volksvertreterinnen und Volksvertreter jetzt aber grosse Teile der Bevölkerung einfach im Stich lassen und auf die nächste Session vertrösten, ist ein Schlag ins Gesicht der 5376 gemeldeten Arbeitslosen im Kanton Luzern. Es ist ein Schlag ins Gesicht der knapp 97 000 Luzernerinnen und Luzerner, welche Kurzarbeit leisten und auf einen Fünftel ihres Lohnes verzichten müssen. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, welche keine Lehrstelle in Aussicht haben, und der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, welche keine Anschlusslösung haben. Ihre Diskussionsverweigerung zeugt von mangelndem Respekt gegenüber 60 000 Menschen in diesem Kanton, welche von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind. Ihr Schweigen hören auch die Luzerner Kulturschaffenden, für diese gibt es nämlich gemäss dem kantonalen Kulturbeauftragten zu wenig Mittel. Man habe kein umfassendes Bild der Lage und könne die Vorstösse nicht seriös behandeln, sagt der Regierungsrat in seiner Begründung, warum er die Dringlichkeit ablehnt, und das, obwohl er die Dringlichkeit selber eingesteht. Wenn der Regierungsrat dies ernst meint, fragt man sich, auf welcher seriösen Grundlage die bisherigen Entscheide gefällt worden sind. Glauben Sie ernsthaft, dass man in einem Monat alle Fakten auf dem Tisch haben wird? Es ist aber heute schon sicher, dass sich in einem Monat die Anzahl der Konkurse von Firmen, die Arbeitslosigkeit und die Anzahl der Menschen unter der Armutsgrenze erhöht haben werden. Wollen Sie das wirklich verantworten? Es kam mir zuerst wie eine Quittung dafür vor, dass die SP und die G/JG sich für das Weiterbestehen der demokratischen Funktionen und die Einberufung der Session eingesetzt haben. Es geht aber um etwas anderes, dass nämlich der Regierungsrat weiterhin ohne parlamentarische Kontrolle der Nicht-Regierungsparteien entscheiden kann. Darum können wir heute keine Entscheide zur Bewältigung der Corona-Krise fällen. Wenn man die Fraktionsvorschau der FDP-Fraktion angeschaut hat und wenn man berücksichtigt, dass die CVP ihre Vorstösse nicht dringlich eingereicht hat oder der SVP-Vorsitzende sogar zugibt, dass sich die Bürgerlichen abgesprochen haben, sieht man, dass dies ein bewusster Entscheid war. Wir haben leider nichts davon gewusst. Ein Vorschlag für eine Sondersession ist nur konstruktiv, wenn dieser allen vorgeschlagen wird und wir nicht erst am Wochenende vorher per

Medienmitteilung davon erfahren. In der Krise müsste die Politik zusammenstehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Die Bürgerlichen im Kanton Luzern machen aber genau das Gegenteil, nämlich vorgängige Abmachungen mit der Regierung, um eine Debatte zu verhindern und dafür zu sorgen, dass weiterhin nur auf die eigene Klientel geschaut werden kann, währenddem breite Kreise der Luzerner Bevölkerungen im Stich gelassen werden. Für Grossunternehmen, für Start-ups, für Kindertagesstätten und für die Luzern Tourismus AG wird geschaut, Lehrlinge, Menschen mit Behinderungen, Armutsbetroffene und sogar die regionale Tourismusförderung gehen momentan leer aus. Im Anschluss an die heutige Session wird über die Botschaft über die Verbesserung der politischen Kultur im Kanton Luzern informiert. Gerade zur rechten Zeit könnte man sagen, denn die Weigerung, heute über konkrete Massnahmen zur Krisenbekämpfung zu sprechen, ist ein Armutszeugnis für die politische Kultur im Kanton Luzern. Es ist eine bittere Pille für alle Menschen, welche heute Lösungen von der Politik erwartet haben.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich möchte Stellung nehmen zur Aussage, die Kantonsregierung hätte das Notrecht fleissig gebraucht. Das entspricht nicht den Tatsachen. Sie wissen, dass der Bundesrat mit Notrecht sehr viele Massnahmen getroffen hat, die sehr einschränkend sind für die persönliche Bewegungsfreiheit, für die Wirtschaft, für Betriebe und Weitere. Die Kantone haben diese umgesetzt. Es hat kaum eine Massnahme gegeben, bei der sich die Kantonsregierung auf Notrecht berufen hat. Nur beispielsweise für die Ladenöffnungszeiten vor Ostern haben wir den kantonalen Führungsstab eingesetzt. Aber es gibt keine Eingriffe in kantonale Gesetze, welche der Regierungsrat notrechtlich gemacht hat. Wir haben umgesetzt, was der Bund beschlossen hat. Es ist wichtig, dass das verstanden wird. Deshalb ist der Vorwurf nicht wahr, die Regierung würde fleissig vom Notrecht Gebrauch machen und das Parlament habe nichts dazu zu sagen.